



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Doehn, Rudolf: Zur Lage in der nordamerikanischen Union.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

September 480 in der Meerenge zwischen der attischen Küste und Salamis die berühmte Seeschlacht, in welcher die persische Flotte gänzlich geschlagen wurde. Der Plan, den der Großkönig bisher gehegt, mit dieser Flotte Kythera zu besetzen und durch eine solche Diversion die Spartaner um ihre Heimath besorgt zu machen und von den andern Griechen zu trennen, mußte nun aufgegeben werden, und da sich gezeigt hatte, daß die großen Massen als solche in dem gebirgigen Lande wenig leisten konnten, ihre Verpflegung aber nach Vernichtung der Flotte auf sehr schwachen Füßen stand, so trat Xerxes mit dem Gros des Heeres den Abmarsch an, ließ aber Mardonius mit 300,000 Mann ausgesuchter Truppen zurück.

Den Kampf sofort weiterzuführen, schien die Jahreszeit zu weit vorgerückt. Mardonius setzte sich daher in Böotien fest und beschäftigte sich mit der materiellen Basirung sowie der besseren Schulung seiner immer noch so großen Armee.

Da nun bewog Themistokles die Bundesgenossen, ihre Stellung am Isthmos zu verlassen und offensiv gegen die Perser vorzugehen. — Niemals haben die Griechen ein stärkeres Heer aufgestellt als das, welches sich, 40,000 Hopliten und gegen 90,000 Leichtbewaffnete zählend, bei Eleusis vereinigte und endlich am Abhange des Kythäron nahe der Stadt Eruthrä Stellung nahm. Hier kam es zu der glorreichen Schlacht von Plataä.

Bur Lage in der nordamerikanischen Union.

Die erste Jahresbotschaft des Präsidenten Rutherford B. Hayes, welche am 3. Dezember v. J. im amerikanischen Kongresse zur Vorlesung kam, ist in der Hauptsache so ausgefallen, wie die Freunde einer gesunden Reformpolitik zu erwarten berechtigt waren. Dies gilt namentlich von der Finanzfrage, die den eigentlichen Kernpunkt der innern Politik der Vereinigten Staaten bildet, obschon dieselbe auch für das Ausland aus leicht erklärlichen Gründen von hoher Bedeutung ist.

Die Botschaft beginnt mit einer Darstellung und Rechtfertigung der vom Präsidenten dem Süden der Union gegenüber befolgten, von einem großen Theile der republikanischen Partei getadelten Versöhnungspolitik. Seit Zurückziehung der Bundestruppen aus den Südstaaten ist daselbst das unter der Grantadministration so oft und so schwer verletzte Prinzip der Selbstregierung wieder zur vollsten Anerkennung gelangt. „Alle Furcht vor Gefahr“,

heißt es wörtlich in der Botschaft, „die aus der Wiedereinführung der Südstaaten in den Zustand der Selbstregierung sich ergeben konnte, ist gehoben und in der Gesinnung der Bevölkerung hat ein äußerst wohlthätiger Wechsel stattgefunden, der überall in jenen Landestheilen um sich greift, die einstmal der Schauplatz eines unglückseligen Bürgerkrieges waren. An die Stelle von Verdacht, Mißtrauen und Kampf sind Eintracht, Freundschaft und patriotische Anhänglichkeit an die Union getreten. Kein Vorurtheilsfreier wird in Abrede stellen, daß die manchmal so schlimmen Zusammenstöße, die mehrere Jahre hindurch so häufig waren, nahezu gänzlich aufgehört haben, und daß ein Geist gegenseitiger Duldsamkeit (*mutual forbearance*) und herzlichen nationalen Interesses (*heartly national interest*) den Sieg davon getragen hat. Allgemein fand eine Wiederherstellung der Ordnung und der ordnungsmäßigen Gerechtigkeitspflege statt; Fälle von Gesetzlosigkeit sind äußerst selten geworden; politischer Unfriede und Haß sind verschwunden, zweckmäßige industrielle Unternehmungen sind wieder aufgenommen, der öffentliche Kredit ist in den südlichen Staaten bedeutend gekräftigt und man erfreut sich an allen Orten der ermutigenden Wohlthaten eines Wiederauflebens des Handels zwischen den Landestheilen, die kürzlich in einen blutigen Bürgerkrieg verwickelt waren. Dies sind einige der bereits erreichten Resultate, für welche der Union Glück zu wünschen ist; sie sind von solcher Wichtigkeit, daß man geduldig und mit Zuversicht die Erfüllung der Wünsche abwarten kann, die sicher im natürlichen Verlauf der Dinge eintreten wird.“

Während Hayes die von ihm den südlichen Unionsstaaten, den früheren Sklavenstaaten, gegenüber eingehaltene Politik als eine „konstitutionelle Pflicht“ (*a constitutional duty*) ansieht, erklärt er mit Bezug auf die farbige Bevölkerung der Vereinigten Staaten, namentlich des Südens, daß es sein „fester und unerschütterlicher Entschluß“ sei, auf jede angemessene Weise die seit dem Sezessionskriege emanzipirte Rasse der Verfassung und den Gesetzen gemäß in der Ausübung ihrer Rechte und Privilegien zu schützen. „Jeder Bürger der Union“, sagt er, „muß, ohne Rücksicht auf seine Abstammung und Farbe, der freien, vollen Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sicher sein. Ich werde nicht ermangeln, alle mir zustehende Autorität zu diesem Behufe zu verwenden, und was in die Machtsphäre des Bundeskongresses oder in die Jurisdiktion des höchsten Bundesgerichts gehört, das wird ebenfalls zu diesem Ende zur Anwendung kommen. Auch appellire ich ernstlich an die Legislaturen, die Gerichtshöfe und die Exekutivbehörden der verschiedenen Einzelstaaten, daß sie durch geeignete und vernünftige Maßregeln innerhalb ihrer Grenzen die gemeinsamen und gleichen Rechte unseres geeinigten Volkes sicherstellen, welches die Freiheit liebt, die Unterdrückung verabscheut und die Grenzboten I. 1878.

rectigkeit verehrt." In erster Linie empfiehlt Hayes eine auf das Wohl der Einzelstaaten und der Union gerichtete, den Anforderungen der Zeit entsprechende nationale Erziehung, vorzugsweise der Farbigen.

Alsdann geht Präsident Hayes auf die Finanzfrage ein. Dem in den weitesten Kreisen der Union sich geltend machenden Verlangen nach dem Silberdollar nachgebend, erklärt er sich zu Gunsten der Einführung der Doppelwährung, doch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß bei jeder die Silberwährung betreffenden gesetzgeberischen Maßregel darauf Bedacht zu nehmen sei, daß die Zahlung des Kapitals und der Zinsen der Staatsschulden nicht in einem Münzfuße erfolge, der von geringerem Werthe sei, als derjenige der jetzigen Goldwährung. Der betreffende Passus in der Jahresbotschaft lautet: „Alle Bonds, welche seit dem 12. Februar 1873 ausgegeben worden sind, damals, als Gold das einzige, unbegrenzte vollgültige Metallgeld (the only unlimited legal-tender metallic currency) des Landes war, sind mit Recht in Goldmünze zu bezahlen oder in Münze von gleichem Werthe mit Gold. Während der Zeit, als diese Bonds ausgegeben wurden, war der Golddollar der einzige Dollar, den die Regierung gegen Ausgabe von Bonds empfangen konnte und empfing. Von unseren Staatsgläubigern zu verlangen, einen Dollar an Zahlungsstatt anzunehmen, der einen geringern Werth repräsentirt, würde von ihnen als eine Verweigerung (repudiation), die volle Verbindlichkeit einzulösen, betrachtet werden.“ Von der öffentlichen Schuld der Vereinigten Staaten tragen übrigens 729,000,000 Doll. 6 Prozent Zinsen, 708,000,000 Dollar aber 5 Prozent; als den besten Weg, die Zahlung so hoher und vieler Zinsen von der Union abzuwenden, erkennt der Präsident eine zu vortheilhaften Bedingungen entrierte Neufundirung der Schuld.

In ähnlich befriedigender Weise wie über die Silber- und Goldfrage, läßt sich Hayes über die durch das Gesetz vom 14. Januar 1875 auf den 1. Januar 1879 festgesetzte Wiederaufnahme der Baarzahlungen (resumption of specie payments) vernehmen. Er sagt in dieser Beziehung u. A.: „Nach einer genauen und gründlichen Untersuchung, welche anzustellen ich für meine Pflicht hielt, sehe ich mich nur mehr in der Meinung bestärkt, welche ich bei der Annahme der Wahl zum Präsidenten und bei meiner Inauguration öffentlich aussprach und die dahin geht, daß die Politik der Wiederaufnahme der Baarzahlung auf jede passende Art (by every suitable means) verfolgt werden sollte und daß keine Gesetzgebung weise handeln würde, welche die Wichtigkeit dieser Angelegenheit unterschätzen und die Erreichung dieses Zieles verzögern würde. Ich habe sicherlich weder die Neigung, noch das Recht, die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit entgegengesetzter Meinungen in dieser Sache in Frage zu stellen, ich möchte auch die beträchtlichen Schwierig-

keiten und die gelegentlichen Unbequemlichkeiten weder verbergen, noch zu gering anschlagen, die bei diesem Vorwärtsschreiten der Nation zu ihrem früheren Zustande allgemeinen und dauernden Wohlstandes eintreten möchten, aber ich muß doch meiner innersten Ueberzeugung treu bleiben, daß irgend ein Schwanken in der Absicht oder eine Unsicherheit in der Ausführung die bei dem Uebergange von uneinlösbarem zu einlösbarem Papiergelde unvermeidlichen Mißstände nicht nur nicht vermeiden oder verringern hilft, sondern vielmehr nur dazu dient, die Störungen in den Werthen zu vergrößern und zu verlängern. Wenn aber diesen Werthschwankungen kein Ende gemacht wird, so müssen daraus nothwendig verderbliche Unordnung, Unehre und Unglück (serious disorder, dishonor and disaster) für die finanziellen Angelegenheiten der Regierung und des Landes resultiren.“ Mit Recht hebt Hayes noch hervor, daß die mit einem uneinlösbaren Papiergelde stets verbundenen Werthschwankungen vor allen Dingen die gewöhnlichen Handarbeiter, mögen dieselben nun dem Tagelöhner- oder dem Handwerkerstande angehören, am empfindlichsten treffen. Die reichen, spekulirenden und unternehmungslustigen Volksklassen, die mit dem Gelde Geschäfte machen, leiden nicht immer, haben vielmehr öfters Gewinn von einem an Werth stets veränderlichen Papiergelde; anders aber ist dies mit den für Gehalt und Lohn arbeitenden Leuten; für diese ist es von der größten Wichtigkeit, daß sie für ihre Arbeit in solchem Gelde bezahlt werden, welches in sich den Kaufwerth trägt, der mit der Arbeit, welche es erzeugt, in vollstem und sicherstem Einklange steht. Dieser für jedes Volk so wünschenswerthe, möglichst unveränderliche Geldwerth kann aber, nach der richtigen Anschauung von Hayes, für das amerikanische Volk nur durch die Wiederaufnahme der Baarzahlung erreicht werden.

Erfreulich ist es, daß Präsident Hayes sowohl in der Silberfrage, als wie in der möglichst baldigen Wiederaufnahme der Baarzahlung von dem Finanzminister Sherman kräftigst unterstützt wird, wie dies aus dessen Jahresberichte deutlich hervorgeht.

Was die vielbesprochene Reform im Civildienste anbetrifft, so bleibt Hayes in seiner Botschaft im Wesentlichen bei der Ansicht stehen, welche er vor Antritt des Präsidentenamtes wiederholt öffentlich kund gab. Er sagt u. A.: „Meine Erfahrung, die ich in der Ausübung der Pflichten des Präsidentenamtes mir erworben, hat in mir den Glauben daran nur gestärkt, daß die Union großen Nutzen daraus ziehen wird, wenn der in der Bundesverfassung niedergelegte Plan beachtet wird, nach welchem der Exekutive allein die Pflicht und die Verantwortlichkeit für die Auswahl derjenigen Bundesbeamten obliegt, welche dem Gesetze gemäß angestellt (appointed) und nicht gewählt (elected) werden. Derselbe Plan spricht jedoch dem Bundessenate das volle Recht zu,

die von der Exekutive gemachten Aufstellungsvorschläge entweder zu billigen, oder zu verwerfen, sowie überhaupt seinen Rath bei der Vertheilung von Staatsämtern kund zu thun. Das Haus der Repräsentanten hat aber die Pflichten des öffentlichen Censors zu erfüllen, indem es darauf achtet, daß die Staatsämter gut verwaltet werden, und im entgegengesetzten Fall auf Untersuchung und Bestrafung anträgt.“ Herr Hayes fordert den Senat und das Repräsentantenhaus des Kongresses auf, ihm bei der Ausführung des in der Bundeskonstitution hinsichtlich der Vertheilung der öffentlichen Aemter enthaltenen Planes helfend zur Seite zu stehen, da Irrthümer und Fehlgriiffe gar leicht möglich wären, zumal in einer Uebergangsperiode.

Der gute Wille und die feste Absicht des Präsidenten, in der Finanzfrage, wie in der Aemterfrage seine Pflichten zum Besten des Landes ehrlich zu erfüllen, treten demnach wiederholt in der Jahresbotschaft deutlich hervor, und es unterliegt namentlich keinem Zweifel, daß die Papiergeldleute oder „Inflationisten“ und die Silberschwindler mit ihren verderblichen Gesetzesvorschlägen unter der Hayesadministration nicht durchdringen werden. Der Präsident wird jede Bill mit seinem verfassungsmäßigen Veto belegen, welche darauf ausgeht, die Wiederaufnahme der Baarzahlungen weiter, als bis zum 1. Januar 1879 hinauszuschieben und die Auszahlung der Nationalbonds und deren Zinsen in Gold oder vollwerthigem Gelde zu verhindern; und es wird sich niemals die gesetzlich nothwendige Zweidrittel-Majorität im Kongresse finden, welche einer mit einem Veto belegten Bill doch noch Gesetzeskraft verleihen könnte. Die Einnahmen und Ausgaben für das am 30. Juni 1877 endende Fiskaljahr haben einen Ueberschuß von 30,340,577 Doll. 69 Cents ergeben. Wenn, wie Hayes in seiner Botschaft bemerkt, die Berechnungen und Vorschläge des Finanzministers Sherman sich bewahrheiten, so werden für das laufende Finanzjahr die Einnahmen der Union 265,500,000 Doll. und die Ausgaben 232,430,643 Doll. 72 Cents betragen, so daß sich ein Ueberschuß von 33,067,456 Doll. 28 Cents ergibt, welcher nahezu den Amortisationsfond dieses Finanzjahres deckt. Die Einnahmen des kommenden Finanzjahres sind vorläufig auf 269,250,000 Doll. berechnet. Der Jahresbericht des Finanzministers stellt die Thatfache fest, daß die Einnahmen der Regierung im letzten Fiskaljahre um 18,481,452 Doll. 54 Cents gegen das Vorjahr abgenommen haben; die Ursache hiervon wird vorzugsweise in der verminderten Einfuhr und in dem Sinken der Preise für Waaren gesucht, welche ad valorem taxirt werden. In derselben Zeit hat sich aber der Exporthandel verhältnißmäßig beträchtlich vermehrt. Der Totalexport im letzten Fiskaljahre belief sich auf 658,637,457 Doll., und die Einfuhr auf 492,097,540 Doll., woraus sich zu Gunsten der Vereinigten Staaten eine Handelsbilanz von 166,539,917

Doll. ergibt. Präsident Hayes empfiehlt Sparsamkeit in allen Regierungszweigen und eine Taxe von 2 Cents per Pfund auf Kaffee und von 10 Cents per Pfund auf Thee, wodurch eine Einnahme von etwa 12,000,000 Doll. erzielt würde; dafür könnte eine Reihe anderer drückender Steuern abgeschafft werden. Das Inland-Steuersystem entstand in den Vereinigten Staaten hauptsächlich durch die Erfordernisse des Bürgerkrieges. Diese Steuern sind indeß schon zu großen Theile abgeschafft und es könnten, wie Hayes meint, nach der Einführung der proponirten Kaffee- und Theesteuer, alle übrigen Inlandsteuern, außer denen für Spirituosen, Tabak und Bier, ebenfalls fallen gelassen werden. Von der Bundesschuld sind in einem Zeitraum von etwas länger als einem Jahre 3,775,000 Doll. abbezahlt worden.

Die Bemerkungen der Botschaft über die Beziehungen der nordamerikanischen Union zum Auslande sind von geringerem Interesse mit Ausnahme zweier Punkte. Einmal hebt der Präsident hervor, daß noch immer Fälle vorkommen, in denen deutsche Auswanderer Pässe, Naturalisation und Freimachung vom Militärdienste verlangen, nachdem sie nach Deutschland zurückgekehrt sind. Die Bestimmungen des Vertrages vom 22. Februar 1868 hätten sich aber im Ganzen als so hinreichend und mit solcher Umsicht (so ample and so judicious) abgefaßt bewährt, daß die amerikanische Gesandtschaft in Berlin alle unter demselben entstandenen Ansprüche zu befriedigen vermochte, ohne den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen zu nahe zu treten und ohne irgend einen gehörig naturalisirten amerikanischen Bürger in seinen Rechten zu kränken. Was dann das Verhältniß der Vereinigten Staaten zu Mexiko anbetrifft, so bemerkt Präsident Hayes, daß die Union gewöhnlich die dort de facto bestehende Regierung als eine rechtmäßige anerkannt habe; wenn dies mit der Regierung des Generals Porfirio Diaz gegenwärtig noch nicht geschehen sei, so trügen daran die unangenehmen Vorkommnisse am Rio Grande die Schuld. Die mexikanische Regierung habe jedoch versichert, sie würde alle ihre Macht aufbieten, um ungesetzhliche Einfälle und Räubereien an der Grenze zu verhüten. Die besten Interessen beider Länder verlangten die Erhaltung des Friedens und die ungestörte Entwicklung des gegenseitigen Handels und Verkehrs. Die Grenzverletzungen seien jedoch der Art, daß der Kongreß seine Aufmerksamkeit auf dieselben lenken und dafür sorgen möge, daß Leben und Eigenthum der amerikanischen Bürger geschützt und der Frieden gewahrt werde. Schließlich lenkt der Präsident die Aufmerksamkeit der nationalen Volksvertretung auch auf die bevorstehende Pariser Weltausstellung und bemerkt hinsichtlich des russisch-türkischen Krieges, daß die Vereinigten Staaten ihre bisherige Neutralität den kämpfenden Mächten gegenüber aufrecht erhalten würden.

In Bezug auf die Schifffahrts-Interessen der Union konstatirt die Botschaft, daß der Handel der Vereinigten Staaten mit dem Auslande in den letzten Jahren zwar sehr zugenommen habe, daß derselbe aber hauptsächlich durch fremde Schiffe vermittelt werde. Die weitere Ausdehnung des Handels sei offenbar für die Union von unberechenbarer Wichtigkeit, man müsse daher der Schiffahrt unter allen Umständen die größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Auf den Bericht des Kriegsministers übergehend, zeigt der Präsident, daß die Unionsarmee nicht müßig war, sondern im vergangenen Jahre zur Unterdrückung von Unruhen im Indianergebiet, namentlich gegen den Stamm der Nez Percés, so wie zur Erhaltung der Ordnung an der mexikanischen Grenze und im Innern bei Gelegenheit der Eisenbahnunruhen große Dienste geleistet habe. Ueber die Indianer-Feldzüge enthält der Bericht des Kriegsministers nähere Einzelheiten. Der betreffende Minister macht den Vorschlag einer Reorganisation der Bundesarmee in dem Sinne, daß der Präsident die Befugniß erhält, die Infanterie-Kompagnien im Fall der Noth von 50 auf 100 Mann und die Artillerie-Batterien von 75 auf 120 Mann zu erhöhen. Er zeigt, daß die gegenwärtige Militärorganisation den verschiedenartigen Ansprüchen, die an sie gestellt werden, nicht wohl genügt. Und dies kann kaum in Abrede gestellt werden. Die nordamerikanische Union hat mit einer verhältnißmäßig sehr geringen Anzahl Soldaten (25,000 Mann) eine sehr ausgedehnte Grenze zu bewachen. Noch ist die Aussicht gering, daß die Indianerkriege bald aufhören werden und es ist mehr als wahrscheinlich, daß an der mexikanischen Grenze größere Anstrengungen zur Wahrung der Integrität des Gebiets der Vereinigten Staaten gemacht werden müssen. Vielleicht dürfte die gegenwärtige Armee jedoch vollständig ausreichen, so lange der Frieden im Innern des Landes nicht gestört wird. Wenn dagegen die Ruhestörungen, die im Juli 1877 so große Dimensionen annahmen, sich wiederholen sollten, oder wenn die Landesgrenze in höherem Grade, als bisher, bedroht würde, dann wäre die Bundesarmee in ihrem jetzigen Bestande entschieden zu schwach. Es wird aber, wie bereits angedeutet, keine permanente Verstärkung der Armee, sondern vielmehr nur eine Reorganisation derselben verlangt, welche den Zweck hat, die Macht der Bundesregierung unter ganz besonderen, genau definirten Umständen zu erhöhen. Gegen diese durchaus gemäßigte Forderung läßt sich kaum ein vernünftiger Einwand erheben, allein das Repräsentantenhaus des Kongresses, in welchem die Angelegenheit verhandelt werden muß, könnte doch anders hierüber denken. Das Demagogenthum hat neuerdings in dieser Körperschaft bedenkliche Fortschritte gemacht, so daß es sehr fraglich ist, ob die demokratische Majorität daselbst im Stande ist, die Interessen des Gesamtwohls den Parteiinteressen vorzuziehen.

Der Bericht des General-Postmeisters Key weist wiederum ein Defizit, d. h. einen Ueberschuß der Ausgaben über die Einnahmen, von mehr als 5 Millionen Doll. auf. Was Herr Key zur Förderung des Postdienstes vorzuschlagen hat, wird durch den Präsidenten dem Kongresse angelegentlich empfohlen. Ebenso befürwortet Hayes die Vorschläge des General-Anwalts in Bezug auf das Justizdepartement, so z. B. die Ernennung weiterer Bundesrichter oder die Kreirung eines neuen Apellations-Gerichtshofes, um die Erledigung der Geschäfte, die sich über Gebühr aufgehäuft haben, besser und schneller zu ermöglichen.

Von hoher Wichtigkeit ist, was der Minister des Innern, Karl Schurz, in seinen Berichten über die Indianerfrage, den Schutz der Wälder, die Bewässerung des Wüstenlandes in den westlichen Unionsgebieten, über die Pacific-Eisenbahn u. s. w. vorbringt. Herr Schurz findet z. B., daß man den Indianer nicht civilisiren kann, so lange man seine Lust zum Jagen durch unlimitirte Waffen- und Munitionslieferungen ermunthigt. Der bestiglose Jäger muß nach der Schurz'schen Ansicht allmählich in einen Ackermann verwandelt werden; er muß weniger Pferde und dafür mehr Nutzvieh besitzen. Manche Indianerstämme werden voraussichtlich erst Hirten und dann Landwirth werden. Dies scheint der natürliche Weg der Civilisation zu sein. Sie beginnt mit dem Eigenthum und hört mit der Abschaffung desselben wieder auf. Die Erfahrung hat gelehrt, daß man den Indianern, die mit irgend einem Amte seitens der Union bekleidet werden, in den meisten Fällen unbedingtes Vertrauen schenken kann. An diese moralische Eigenschaft will Schurz bei den von ihm proponirten Civilisationsversuchen angeknüpft wissen. Vor allen Dingen verlangt er aber, daß man den Indianern gegenüber jederzeit und in jeder Hinsicht Wort halte und daß man ihnen nichts verspreche, was man nicht zu halten gesonnen sei oder zu halten vermöge. In diesen Worten dürfte in der That der ganze Kern des Indianer-Problems liegen. Die von Schurz gemachten Vorschläge sind gleichweit von einer romantischen Humanitätsduselei, wie einer barbarischen Vernichtungspolitik entfernt. Es ist in der Indianerfrage von den Vereinigten Staaten viel gefrevelt worden und es wäre wohl Zeit, daß in diesem wichtigen Verwaltungszweige, der schon so viel Geld und Menschenleben gekostet hat, eine gründliche Reform einträte; allein bis jetzt hat der Kongreß, obschon er die Indianer-Angelegenheiten schon so oft berieth, nichts Gescheutes dabei herausgebracht. Die Schurz'schen Pläne sind praktisch und ausführbar, der Präsident empfiehlt sie dringend; es muß nun abgewartet werden, ob der Kongreß diesmal seine Schuldigkeit thun wird.

Was die Staatswäldereien anlangt, so weist Schurz unwiderleglich nach, daß der Holzdiebstahl an vielen Orten der Union ein systematisch orga-

nisirtes Geschäft gewesen sei und die dadurch hervorgerufene schnelle Entholzung des Landes jeden denkenden Unionsbürger mit großer Besorgniß erfüllen müsse. Es sei von kompetenter Seite ausgerechnet, daß schon in zwanzig Jahren der Holzbedarf in den Vereinigten Staaten aus den eigenen Wäldern nicht mehr befriedigt werden könne, wenn man in der bisherigen Weise zu wirthschaften fortfahre. Ueber die Privatwäldungen, heißt es in dem Schurz'schen Berichte, habe die Regierung keine Macht, man könne nur hoffen, daß Privatleute künftig mit ihren Wäldern schonungsvoller umgehen würden, die Regierung aber könne und müsse erstens dem Holzdiebstahle auf den öffentlichen Ländereien ein Ende machen und zweitens die in ihrem Besiße befindlichen Wälder gegen schlechte Ausholzung wahren, indem man eine weise, rationelle Forstkultur einführe. Nach beiden Richtungen hin macht der Minister des Innern detaillirte praktische Vorschläge, welche die vollste Billigung des Präsidenten erhalten. Ebenso beachtenswerth ist auch, was Schurz in Bezug auf die Wüstenländereien und die Pacific-Eisenbahn in Vorschlag bringt.

Den Schluß der Jahresbotschaft bilden eine Uebersicht über die landwirthschaftlichen Hülfquellen der Union, Gesetzesvorschläge für den Distrikt Columbia (u. A. die Errichtung einer Universität in Washington City) und eine dringende Darlegung der Nothwendigkeit, dem Erziehungswesen in verschiedenen Landestheilen die nöthige Sorgfalt zuzuwenden. Es sei vergeblich, auf das Gedeihen eines freien Gemeinwesens zu hoffen, wenn man nicht die größte Sorge trage für die sittliche und intellektuelle Bildung des Volkes, welches doch die Quelle aller Macht sei. Nicht weniger als der siebente Theil der stimmberechtigten Bevölkerung der Union sei jetzt des Lesens und Schreibens unkundig. „Die Hauptstadt der Nation sollte“, so schließt Präsident Hayes, etwas mehr sein, als ein bloßer politischer Centralplatz. Wir sollten keine Gelegenheit ungenutzt lassen, welche die Vorsehung uns bot, die Intelligenz des Volkes zu erhöhen und die Bedingungen, die zur Erhaltung unserer Institutionen am günstigsten sind, zu vermehren.

Im Ganzen zieht sich ein hoffnungsvoller, die Lage der Dinge in keinem zu trüben Lichte anschauender Geist durch die Jahresbotschaft. Präsident Hayes hält überall die von ihm in seinem Annahmeschreiben und in seiner Inaugurationsrede niedergelegten Grundsätze der Reform aufrecht; es bleibt nun, wie gesagt, abzuwarten, in wie weit der Kongreß, dessen Ferien am 10. Januar d. J. zu Ende gehen, seine Schuldigkeit thun wird, ob er das Wohl des Landes höher stellt, als das einseitige Parteiinteresse.

Rudolf Doehn.